

Antrag 01/II/2023**Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Berlin: Sozial, klimaneutral und für alle bezahlbar**

1 Der Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel
 2 ist die große Jahrhundertaufgabe, vor der wir stehen –
 3 weltweit und hier in Europa. Es geht um den Erhalt un-
 4 serer natürlichen Lebensgrundlagen. Klimaschutz ist des-
 5 halb Kernaufgabe der Sozialdemokratie.
 6 Als große europäische Metropole und Deutschlands
 7 Hauptstadt muss Berlin dabei auch Verantwortung über-
 8 nehmen. Deshalb haben wir uns vorgenommen, Berlin
 9 deutlich vor 2045 klimaneutral zu machen. Das Ziel muss
 10 sein, die Emission von Treibhausgasen so schnell wie mög-
 11 lich deutlich zu reduzieren.
 12 Wir wollen zeigen, dass wir Klimaschutz auch sozial ge-
 13 gestalten können. Die zentrale Generationenaufgabe des
 14 Klimaschutzes darf nicht zu der Ungerechtigkeit führen,
 15 dass gleichzeitig die Konzerngewinne und die Lebenshal-
 16 tungskosten der Menschen explodieren. Dazu gehört für
 17 uns auch, weiterhin Energiearmut und Energiesperren zu
 18 verhindern. Die Energiewende darf nicht an der sozialen
 19 Frage scheitern und umgekehrt. Denn Klimaschutz und
 20 soziale Gerechtigkeit gehen nur zusammen. Die SPD muss
 21 dabei klare Orientierung bieten – die Klimaschutzpolitik
 22 ist eine Grundsatzfrage der sozialen Gerechtigkeit. Wir re-
 23 gen deshalb an, das Grundsatzprogramm der SPD zu über-
 24 arbeiten.
 25 Die Klimaziele sind nur mit einem Dreiklang aus finanziel-
 26 ler Förderung, Anreizen und stärkerer Regulierung erreich-
 27 bar. Berlin soll schnell eine klimaneutrale und klimaresili-
 28 ente Stadt werden und dabei für alle bezahlbar bleiben.
 29 Wir wollen den Wohlstand in Berlin wahren und den so-
 30 zialen Frieden sichern.
 31 Um die Klimaschutzziele zu erreichen, ist entschlosse-
 32 nes Handeln in vielen Bereichen erforderlich. Wir müs-
 33 sen Berlins Abhängigkeit von fossiler Energie schnellst-
 34 möglich überwinden, die Wärmewende entschlossen an-
 35 gehen, den Gebäudesektor energetisch ertüchtigen und
 36 die Mobilitätswende voranbringen. Und wir müssen un-
 37 sere Stadt an ein sich veränderndes Klima – mit höhe-
 38 ren Temperaturen, weniger Niederschlag und extremeren
 39 Wetterlagen – anpassen. Das alles erfordert hohe Investi-
 40 tionen. Diese Kosten müssen gerecht und solidarisch ver-
 41 teilt werden, sie dürfen nicht allein oder zum überwiegen-
 42 den Teil auf Mieter*innen und Verbraucher*innen abge-
 43 wälzt werden.
 44 Die Herausforderungen des Klimawandels und der En-
 45 ergiewende sind allumfassend und betreffen besonders
 46 auch die Industrie, die sich in einem umfangreichen Trans-
 47 formationsprozess befindet. Nur gemeinsam mit einer
 48 nachhaltigen Industrie kann das Erreichen der Klima-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK**

Fassung der Antragskommission: 02/II/2023¹

49 schutzziele und die Energiewende gelingen. Die Krisen der
50 letzten Jahre, vor allem aber der russische Angriffskrieg
51 auf die Ukraine haben den Druck noch erhöht. Das be-
52 trifft besonders die energieintensive verarbeitende Indus-
53 trie, die nicht nur auf verlässliche und bezahlbare Ener-
54 gie angewiesen ist, sondern auch den Weg zu einer CO2-
55 neutralen Produktion z.B. durch Einführung intelligenter
56 und effizienter Maßnahmen zur Verringerung des Pro-
57 zessenergieverbrauchs, zügiger angehen muss. Wir wer-
58 den die Berliner Wirtschaftsakteure - sowohl im Hand-
59 werk als auch in der Industrie - bei der notwendigen Trans-
60 formation unterstützen und damit qualifizierte Arbeits-
61 plätze und unseren zukünftigen Wohlstand sichern.
62 Klimaschutz bedeutet auch Daseinsvorsorge gerade für
63 die finanziell schwächer Aufgestellten. Dabei müssen wir
64 die Menschen mitnehmen, ihre Sorgen und möglichen
65 Ängste ernst nehmen und ihnen ihre Zukunftschancen
66 aufzeigen. Klimaschutz begreifen wir auch als Chance
67 und wollen die Berlinerinnen und Berliner dafür gewin-
68 nen. Energiekosten für Verbraucherinnen und Verbrau-
69 cher können langfristig sinken, zukunftsfeste und siche-
70 re Arbeitsplätze entstehen und können damit auch für ei-
71 nen wachsenden Wohlstand. Zeitgleich ist es für uns es-
72 senziell, dass Klimaschutzmaßnahmen soziale Missstän-
73 de nicht entstehen lassen oder bestehende Missstände
74 verschärfen. Wir verstehen Klimaschutz als größte sozia-
75 le Aufgabe unserer Zeit. Die Ärmsten der Armen leiden
76 am meisten unter den Folgen der Klimakrise und werden
77 künftig noch stärker leiden. Die Kosten des Klimaschut-
78 zes dürfen nicht dazu führen, dass die, die bereits wenig
79 haben, noch mehr bezahlen. Staatliche Förderungen müs-
80 sen da ankommen, wo sie am meisten gebraucht werden.
81 Es kann und muss uns immer um sozial gerechten Klima-
82 schutz gehen.

83

84 **Sozial gerechte Klimaschutzpolitik in Berlin**

85 Mit dem vereinbarten Sondervermögen „Klimaschutz, Re-
86 silienz und Transformation“ schaffen wir die finanziellen
87 Möglichkeiten, die notwendigen Investitionen zu stem-
88 men, damit Berlins Weg zur klimaneutralen Stadt be-
89 schleunigt werden kann. Zunächst können über das Son-
90 dervermögen bis zu fünf Milliarden Euro aufgenommen
91 werden. Nach einer Evaluation Ende 2024 können weite-
92 re bis zu fünf Milliarden Euro dem Sondervermögen zuge-
93 führt werden. Damit stehen bis zu zehn Milliarden Euro
94 zur Verfügung. Das Sondervermögen ist maßgeblich von
95 der SPD vorangetrieben worden. Es ist in seiner Struktur
96 und Höhe bundesweit einmalig und beispielgebend. Ber-
97 lin kann so zur Vorreiterin der urbanen Klimawende wer-
98 den.

99 Mit dem Sondervermögen soll die Abhängigkeit von fos-
100 silen Energieträgern schnellstmöglich überwunden, Ener-
101 gie eingespart, die Transformation der Energieversorgung

102 auf CO₂-neutrale Energiequellen beschleunigt und die
103 Infrastruktur der Daseinsvorsorge resilienter aufgestellt
104 werden. Die Maßnahmen, die über das Sondervermögen
105 finanziert werden, sollen sich auf die Handlungsfelder Ge-
106 bäudesektor, Energieerzeugung und -versorgung, Mobi-
107 lität sowie Transformation der Wirtschaft konzentrieren.
108 Außerdem wollen wir das Sondervermögen nutzen, um
109 Berlins Klimaresilienz zu erhöhen und Klimafolgenanpas-
110 sungen vorzunehmen.

111 Als SPD möchten wir die Schwerpunkte beim Sonderver-
112 mögen auf die öffentliche Daseinsvorsorge legen, die ei-
113 nen erheblichen Beitrag leisten kann, Berlin möglichst
114 schnell klimaneutral zu machen. Das Sondervermögen
115 sollte insbesondere zur Finanzierung neuer und zusätzli-
116 cher Klimaschutzmaßnahmen genutzt werden.

117 Wir sind davon überzeugt: Ein beschleunigtes Erreichen
118 der Klimaschutzziele rechtfertigt eine Kreditaufnahme
119 über ein Sondervermögen, denn die Klimakrise ist eine au-
120 ßergewöhnliche Notsituation. Der notwendige Kampf ge-
121 gen den Klimawandel darf nicht zulasten des Sozialstaats
122 gehen. Klimaschutz ist auch eine Verteilungsfrage, denn
123 die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung sind ge-
124 meinsam für so viel Treibhausgasausstoß verantwortlich
125 wie die ärmste Hälfte der Bevölkerung.

126

127 Die kommunale Wärmeplanung, die wir bis 2026 auf den
128 Weg bringen wollen, wird für uns entscheidend sein, um
129 die Klimaneutralität sozialverträglich erreichen zu kön-
130 nen. Die Wärmeplanung wird gemeinsam mit den Trägern
131 der Infrastruktur erstellt. Aus der Wärmeplanung wird klar
132 hervorgehen, in welchen Quartieren der Stadt langfristig
133 welche Arten der Wärmeversorgung möglich sein werden.
134 Damit wollen wir den Berlinerinnen und Berlinern mehr
135 Klarheit und Sicherheit bei den zukünftigen Möglichkei-
136 ten ihrer Wärmeversorgung geben.

137 Von den denkbaren Optionen zur Wärmeversorgung ha-
138 ben für uns CO₂-freie Fern- und Nahwärmenetze Priori-
139 tät. Die Primärenergie für die Wärmenetze wird vorran-
140 gig aus überschüssigem Windstrom, Geothermie, Groß-
141 wärmepumpen, Flusswärme, Abwasserwärme und indus-
142 trieller Abwärme kommen. Auch die Wärme aus Biomas-
143 se und Müllverbrennung wird genutzt, auch wenn diese
144 langfristig weniger zur Verfügung stehen werden.

145 Wir setzen uns daher dafür ein, dass das Land Berlin
146 gemeinsam mit starken industriellen Partnern das Fern-
147 wärmenetz inklusive der Wärmekraftwerke erwirbt und
148 mindestens die Mehrheit kontrolliert: Wir holen die Wär-
149 me nach Hause! Ziel ist es bis den Anteil erneuerbarer
150 Energien in der Fernwärmeversorgung schnell zu erhö-
151 hen und deutlich vor 2045 eine emissionsfreie Fernwär-
152 meversorgung zu erreichen. Um die Anschlussquote an
153 die Fernwärme zu erhöhen, wollen wir Förderprogramme
154 des Bundes für Betreiber konsequent nutzen und die Ein-

155 führung von Landesförderungen prüfen. Die Fernwärme
156 muss auch für die Verbraucher*innen attraktiv sein und
157 faire Preise bieten.

158 Wir fordern auch einen mehrheitlichen Einstieg des Lan-
159 des Berlin bei der GASAG, um eine schnelle Dekarbonisie-
160 rung politisch steuern und das Gasnetz z.B. für ein Was-
161 serstoffleitungssystem zu ertüchtigen. Aus unserer Sicht
162 ist dies aus der Rolle des (Mit-)Eigentümers am besten zu
163 gewährleisten.

164

165 Der Gebäudesektor ist für einen Großteil der Emissionen
166 in unserer Stadt verantwortlich. Daher muss der Gebäude-
167 sektor einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende er-
168 bringen, da sonst Klimaneutralität kaum erreichbar ist.
169 Die durch den russischen Angriffskrieg verursachten ho-
170 hen Energiekosten machen Energieeinsparungen zusätz-
171 lich notwendig. Deshalb muss ein Schwerpunkt der über
172 das Sondervermögen finanzierten Maßnahmen im Ge-
173 bäudesektor liegen. Hier ist neben der Dekarbonisierung
174 der Wärmeversorgung die Senkung des Wärmebedarfs ein
175 Schwerpunkt. Dieser muss sozialverträglich und praxis-
176 tauglich gestaltet werden.

177 Eine höhere Rate energetischer Gebäudesanierung ist un-
178 umgänglich und nur mit dem Dreiklang aus Anreizen, För-
179 derung und gesetzlicher Regulierung erreichbar. Bei denk-
180 malgeschützten Gebäuden muss in jedem Einzelfall ein
181 Weg für eine klimaneutrale und wirtschaftlich vernünfti-
182 ge Wärmeversorgung gefunden werden.

183 Umfassende energetische Sanierungen sind teuer. Da-
184 her kommt es besonders hier auf starken Mieterschutz
185 an, indem die Kosten sozialverträglich aufgefangen wer-
186 den und nicht zu drastischen Mietererhöhungen führen.
187 Aktuelle Programme wie z.B. das „soziale Wohnraum-
188 modernisierung oder „Effiziente GebäudePlus“ sind ein
189 Baustein, müssen aber massiv ausgebaut werden. Klima-
190 schutz und bezahlbares Wohnen wird dabei nur mit ei-
191 nem breit angelegten Förderprogramm möglich sein, das
192 Darlehen und Zuschüsse im Gegenzug für Mietpreisbin-
193 dungen anbietet. Hierfür wird die SPD Berlin sich für ein
194 neues Förderprogramm „Klima- und Mieterschutz“ ein-
195 setzen, das im Sondervermögen einen Schwerpunkt dar-
196 stellen wird. Das Förderprogramm soll für alle sanierungs-
197 bedürftigen Bestandswohnungen zur Verfügung stehen
198 und auch für Wohngebäude mit hohem Wärmebedarf
199 und Gebäude, deren Vollsanierung nur mit sehr erheb-
200 lichem finanziellem Aufwand zu erreichen ist wie zum
201 Beispiel Gründerzeit- oder denkmalgeschützte Gebäude,
202 ausreichende Förderkonditionen bieten, mit denen die
203 Miete bezahlbar bleibt.

204 Für Berlin als Mieterstadt ist eine sozial gerechte Klima-
205 schutzpolitik, die Mieter*innen vor hohen Energiekosten
206 schützt, von zentraler Bedeutung. So tragen bisher die
207 Mieter*innen ihre Wärmekosten fast vollständig allein.

208 Auf die Wahl der Heizungsart, den energetischen Zustand
209 des Gebäudes oder geplante energetische Sanierungen,
210 die die Kosten aber weitgehend bestimmen, haben sie bis-
211 her keinen Einfluss. Mieter*innen müssen bei energeti-
212 schen Sanierungen ein Mitspracherecht haben, damit ihre
213 Interessen gewahrt bleiben.

214 Wir werden uns für Sanierungspflichten im Bestand ein-
215 setzen und Sanierungsmaßnahmen aus dem Sonderver-
216 mögen fördern. Dies gilt insbesondere für die Sanierungs-
217 pflichten, die in Kürze durch die EU für die ineffizientes-
218 ten Gebäude in Kraft gesetzt werden. Wir gehen mit dem
219 Worst-First-Ansatz vor: Die effizientesten Teilsanierungen
220 der ineffizientesten Gebäude haben Vorrang. Durch ein
221 Beratungsangebot „Energiespar-Check“ sollen finanziell
222 bedürftige Haushalte neben der Stromsparberatung auch
223 Tipps zur Wärmeeffizienz bekommen und konkrete Hil-
224 fen durch handwerkliche Unterstützung und Energiespar-
225 maßnahmen im geringinvestiven Bereich erhalten.

226 Klimaschutz darf nicht zur Verdrängung von Mieter*innen
227 führen. Die Förderprogramme des Landes werden auf das
228 Ziel einer weitgehenden Warmmietenneutralität ausge-
229 richtet. Das neue Berliner Förderprogramm für sozialver-
230 träglichen Klimaschutz im Wohnungsbestand wird wei-
231 terentwickelt und aufgestockt.

232 Berlin braucht einen neuen Flächennutzungsplan, in dem
233 die Belange des Klimaschutzes, der Klimafolgenanpas-
234 sung und des Natur- und Artenschutzes als verpflich-
235 tendes Ziel in die Stadtentwicklung integriert werden.

236 Bauen und Umweltschutz müssen Hand in Hand gehen.
237 Beim Umweltschutz im Baubereich sollte der Fokus auf
238 der Anwendung der Solar- und Windenergietechnik, bei
239 ambitionierten Vorgaben bezüglich Versickerung, Grün-
240 dächer und -fassaden, Regenwassermanagement sowie
241 beim Einsatz von Holz, von anderen nachwachsenden
242 Rohstoffen z. B. bei der Dämmung und Recyclingmateria-
243 lien als Baustoffe liegen.

244 Politik und Verwaltung gewinnen mehr Spielraum und
245 Entscheidungshoheit, je mehr die Stadt bzw. die Bezir-
246 ke selbst über Grund und Boden verfügen und entschei-
247 den können. Flächen können selbst entwickelt werden,
248 ohne dass ein Dritter entscheiden kann, wie und wann das
249 geschieht. Daher ist neben dem Ankauf von Wohnraum
250 der Ankauf von Boden weiter zu fokussieren. Ankauffonds
251 müssen für den Senat aber auch für die Bezirke zur Verfü-
252 gung stehen, um so Freiflächen, Wohnflächen, Ausgleichs-
253 flächen oder auch Flächen für Kleingartenanlagen zu si-
254 chern. Ziel soll dabei sein, dass Senat und Bezirke mehr
255 über eigene Entwicklungen in unserer Stadt entscheiden,
256 können.

257

258 Beim Neubau muss es unser Ziel sein, klimaneutrale Quar-
259 tiere mit einer hohen Lebens- und Aufenthaltsqualität zu
260 bauen, die an die Folgen des Klimawandels angepasst sind

261 – mit viel Grün- und Wasserflächen, möglichst wenig Ver-
262 siegelung, Dach- und Fassadenbegrünung und verschat-
263 teten öffentliche Plätzen und Rückzugsräumen für Wild-
264 tiere. Effiziente und sparsame Wohnungsgrundrisse ver-
265 ringern den Flächenverbrauch, führen zu niedrigen Kalt-
266 mieten und vermindern den Energiebedarf und damit die
267 Warmmiete.

268 Nachhaltiges Bauen bedeutet auch, dass die Gebäude und
269 Wohnungen für alte und kranke Menschen, für Famili-
270 en mit Kleinkindern und für Menschen mit Behinderun-
271 gen nutzbar sind und allen die gleichen Gesundheitschan-
272 cen bieten. Mit Blick auf die demografische Entwicklung
273 und dem zunehmenden Bedarf an barrierefreiem Wohn-
274 raum ist Bauen mit Barrieren mittelfristig unwirtschaft-
275 lich. Um Versorgungslücken zu schließen, wollen wir Neu-
276 bauwohnungen in der Regel barrierefrei errichten, bei Sa-
277 nierungen streben wir Barrierefreiheit an. Erforderlich ist
278 außerdem eine barrierefreie Infrastruktur in den jeweili-
279 gen Stadtquartieren.

280 Neue Quartiere sollen zu weiten Teilen in Holzbauweise,
281 die mindestens dem KfW-40-Standard entsprechen oder
282 als Passivbauten errichtet werden. Für die Versorgung mit
283 erneuerbaren Energien und -erzeugung ist ein Quartier-
284 sansatz zu verfolgen, der auch auf Nahversorgungsnetze,
285 insbesondere bei der Wärme setzt. Ebenso muss ein nach-
286 haltiges Verkehrs-, Logistik- Versorgungskonzept zur An-
287 wendung kommen.

288 Darüber hinaus wird sich die SPD Berlin dafür einset-
289 zen, ein „Förderprogramm zur Kohlenstoffspeicherung im
290 Baustoff“ aufzulegen, mit welchem jede gespeicherte
291 Tonne CO₂ mit einem entsprechenden Betrag gefördert
292 wird.

293 In absehbarer Zeit wird unsere Stadt auf vier Millionen
294 Berlinerinnen und Berliner anwachsen. Die Entwicklung
295 neuer Quartiere muss deshalb enger mit der Planung
296 des Öffentlichen Nahverkehrs verzahnt werden. Wir un-
297 terstützen die Vision der Expressmetropole, mit der die
298 BVG aufzeigt, wie neue Stadtquartiere und insbesonde-
299 re die Außenbezirke in den kommenden Jahrzehnten bes-
300 ser angebunden werden können. Dabei setzen wir beson-
301 ders auf den Schienenausbau, um Pendlerströme mit dem
302 Auto effektiv zu reduzieren und auch möglichst vielen
303 Pendlerinnen und Pendler den Umstieg auf den Öffentli-
304 chen Nahverkehr zu ermöglichen oder diesen attraktiver
305 zu machen. Kurzfristig müssen neu entstandene Quartie-
306 re mit Kiezbussen angebunden werden, um eine Alternati-
307 ve zum PKW sofort zu etablieren. Eine bessere Anbin-
308 dung der Wohn- und Gewerbegebiete außerhalb der In-
309 nenstadt an das Schienennetz durch Kiezbusse und durch
310 engere Takte bei S-, U- und Straßenbahnen erreichen. Da-
311 zu ist das Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und
312 Transformation“ zur Finanzierung der zusätzlichen Inves-
313 titionen zu nutzen. Auch neue Gewerbegebiete müssen

314 möglichst klimafreundlich, CO₂-neutral und nachhaltig
315 entwickelt werden.

316

317 Bisher ist im Bereich Mobilität eine Reduzierung klima-
318 schädlicher Emissionen nicht gelungen. Seit 1990 ist der
319 Treibhausgasausstoß des Verkehrssektors global um fast
320 80 Prozent angestiegen – so stark wie in keinem ande-
321 ren Sektor. Der Straßenverkehr hat daran mit rund 74,5
322 Prozent mit Abstand den größten Anteil. Wir wollen die
323 Verkehrswende! Sie stellt die Klimaneutralität sicher und
324 vereint die Mobilitätswende mit der Energie- und An-
325 triebswende. Die Mobilitätswende senkt den Energiever-
326 brauch, ohne die Mobilität einzuschränken, indem wir die
327 Dekarbonisierung, den Ausbau und die Beschleunigung
328 der Busverkehre massiv fördern, die Verlagerung des Per-
329 sonenverkehrs von der Straße auf Schiene und Radwege
330 entschieden vorantreiben und die Dekarbonisierung des
331 Individual- und des Wirtschaftsverkehrs gezielt unterstüt-
332 zen. Außerdem ist dazu eine erleichterte Anordnung von
333 Bussonderfahrstreifen unerlässlich. Wir unterstützen da-
334 her, dass das Land Berlin gemeinsam mit anderen Bun-
335 desländern einen Vorschlag zur Änderung der Straßenver-
336 kehrsordnung erarbeitet und dem Bundesministerium für
337 Digitalisierung und Verkehr übermittelt hat.

338 Um die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die
339 Schiene in der Metropolregion zu erreichen, muss die ge-
340 meinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg gestärkt
341 werden. Darüber hinaus kann der Klimavorteil der Schie-
342 ne durch Elektrifizierung weiter erhöht werden. Ziel ist ei-
343 ne Vollelektrifizierung des Schienennetzes bis 2040. Berlin
344 und Brandenburg sollen sich in den Bund-Länder-Gremien
345 für eine Senkung der überhöhten Trassenpreise bei der
346 Nutzung der Schiene in Deutschland einsetzen.

347 Im Bereich des Personenverkehrs muss die Umsetzung des
348 Projekts i2030, der Ausbau der Schieneninfrastruktur in
349 Berlin und Brandenburg, beschleunigt werden.

350 Auch den Güterverkehr möchten wir stärker auf die Schie-
351 ne verlagern. Dazu braucht es mehr dezentrale inner-
352 städtische Schienenlogistikzentren, Flächen und Gleisan-
353 schlüsse, um die Verlagerung zu ermöglichen. Außerdem
354 sind im gesamten Stadtgebiet Mikro-Depots vorzusehen
355 und der Lastenrad-Lieferverkehr auf der letzten Meile aus-
356 zubauen. Die BEHALA als landeseigenes Logistikunterneh-
357 men ist für eine flächendeckende Versorgung der Stadt
358 auf der Schiene und die Verteilung der Güter auf emissi-
359 onsfreie stadtverträgliche Fahrzeuge auf der Straße aus-
360 zubauen. Wir setzen uns für den Erhalt von Häfen und
361 Wasserwegen und für die Dekarbonisierung des Schifffver-
362 kehrs auf den Wasserstraßen in Berlin ein.

363 Für den Klimaschutz hat auch der zügige Ausbau eines lü-
364 ckenlosen und sicheren Rad- und Fußverkehrsnetzes in-
365 nerhalb des gesamten Stadtgebietes eine große Bedeu-
366 tung. Hierbei ist für uns das Berliner Mobilitätsgesetz

367 handlungsleitend. Wir setzen uns für eine zügige Umset-
368 zung der Fahrradschnelltrassen ein. Eine gute Infrastruk-
369 tur sorgt dafür, dass mehr Menschen zu Fuß gehen oder
370 mit dem Rad fahren.

371 Bei allen Verkehrsplanungen muss Barrierefreiheit zur un-
372 verzichtbaren Voraussetzung werden. Eine besondere Rol-
373 le muss hierbei neben dem konsequenten weiteren bar-
374 riererefreien Ausbau des ÖPNV eine entsprechende Planung
375 der Fußwege spielen. Fußverkehr ist nicht nur eine nach-
376 haltige, emissionsfreie Form der Fortbewegung, sondern
377 trägt auch zur Förderung der Gesundheit und Verbesse-
378 rung der Lebensqualität in unseren Städten bei. Wir set-
379 zen uns deswegen dafür ein, die Bedingungen für Fußgän-
380 ger*innen zu verbessern, indem wir sichere und attrak-
381 tive Fußwege, barrierefreie Umgebungen und eine infra-
382 strukturelle Anbindung an andere Verkehrsträger fördern.

383 Dazu zählt auch eine Anpassung der Ampelschaltungen
384 stadtweit, die konsequent aus Sicht der Fußgänger*innen
385 und Menschen mit zum Beispiel Gehhilfen geplant sein
386 muss.

387 Attraktive Tarifangebote können die Wirkung eines Um-
388 stiegs auf den ÖPNV verstärken. Deshalb halten wir an un-
389 serem Vorhaben fest, für Berlin ein 29-Euro-Ticket einzu-
390 führen als preiswerte Ergänzung des Deutschlandtickets.

391 Wir möchten prüfen, ob für größere Fahrzeuge höhere
392 Parkgebühren erhoben werden können. Im Umland und
393 in den Berliner Außenbezirken sind flexible ÖPNV – Ange-
394 botsformen aber auch Park & Ride – und Bike & Ride – An-
395 lagen auszuweiten. Wir werden diesbezüglich mit Bran-
396 denburg übergreifende Angebote schaffen.

397 Um die Aufenthalts- und Lebensqualität zu erhöhen und
398 für insgesamt mehr Verkehrssicherheit zu sorgen, möch-
399 ten wir Flächen gerechter verteilen. Geschwindigkeits-
400 begrenzungen sind eine wirksame und kostengünstige
401 Maßnahme, um die Emissionen zu verringern. Daher
402 brauchen wir deutlich mehr Tempo-30-Zonen innerhalb
403 des gesamten Stadtgebietes. Darüber hinaus wollen wir
404 Anreize setzen, dass immer mehr Menschen das Auto mit-
405 einander teilen, über Fahrgemeinschaften, Taxis, stationä-
406 re Car-Sharing Angebote und Apps, die es ermöglichen,
407 dass Nachbar*innen ein Auto gemeinsam nutzen.

408 Wir bekräftigen unsere Beschlusslage zur Autobahn A100
409 und streben einen qualifizierten Abschluss des im Bau be-
410 findlichen 16. Bauabschnitts an. Wenn auf die Verlänge-
411 rung der A100 verzichtet wird, stehen im Bereich Frank-
412 furter Allee wieder Flächen für ein modernes Schienenlo-
413 gistikzentrum zur Verfügung.

414 Die Umstellung der Fahrzeuge auf klimaneutrale al-
415 ternative Antriebe ist eine wichtige Maßnahme, CO2-
416 Emissionen im Verkehrssektor zu reduzieren. Die Ladein-
417 frastruktur ist so auszubauen, dass sie der Verkehrswende
418 (z.B. einer Neuverteilung der öffentlichen Flächen) nicht
419 entgegensteht. Ein wichtiger Baustein ist die Ausstattung

420 der vorhandenen Tankstellen mit einer schnell wachsen-
421 den Zahl von Ultra-Schnelladesäulen.
422 Nicht unerhebliche Treibhausgasemissionen werden von
423 den Berliner*innen im Flugverkehr erzeugt. Hier muss
424 mehr Verkehr auf die Schiene verlagert werden. Das
425 Nachtzugsystem hat sich mit einigen neuen Verbindun-
426 gen in den vergangenen zwei Jahren gut entwickelt und
427 muss weiter gestärkt werden. Wir wollen Berlin zu ei-
428 nem europäischen Nachtzugdrehkreuz machen. Nacht-
429 züge sollten als Klimaschutzmaßnahme von Trassenprei-
430 sen und der Mehrwertsteuer befreit werden. Zudem müs-
431 sen Fernbahnanbindungen nach Polen dringend verbes-
432 sert werden. In Brüssel setzen wir uns für die Einführung
433 eines 99-Euro-Tickets ein, das für eine einfache Zugrei-
434 se (Hin- oder Rückfahrt) durch ganz Europa gilt. Wir set-
435 zen uns dafür ein, dass Berlin sich in den Bund-Länder-
436 Gremien für den Abbau der Wettbewerbsverzerrungen zu
437 Gunsten des Flugverkehrs stark macht.

438

439 Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirt-
440 schaft findet bereits statt. Sie ist Herausforderung und
441 Chance zugleich und umfasst auch die Digitalisierung und
442 Automatisierung von immer mehr Lebens- und Arbeits-
443 bereichen. Märkte, Produkte und Dienstleistungen verän-
444 dern sich im Zuge dieser Transformation. Ganze Branchen
445 wie der Sektor der Energieerzeugung, der Mobilitätsbe-
446 reich und die industrielle Fertigung, aber auch Bauwirt-
447 schaft, Landwirtschaft, Tourismus sind dem schnellen und
448 tiefgreifenden Wandel unterworfen und damit auch der
449 Arbeitsmarkt.

450 Technologien der Transformation und Erneuerbare Ener-
451 gien sind die Zukunft unserer Wirtschaft, Klimaschutz ist
452 auch Wohlstandsgarant und bietet Wachstumspotenzial.
453 Die Berliner Industrie kann mit dem Umfeld einer hervor-
454 ragenden Forschungs- und Wissenschaftslandschaft auf
455 dem Weg zu einer CO2-neutralen Produktion Innovations-
456 und Umsetzungstreiber sein. Wir haben hier in Berlin
457 einen starken Gründer*innengeist, ein vitales Startup-
458 Ökosystem sowie den politischen Willen, Rahmenbedin-
459 gungen zu gestalten und Experimentierräume zu ermög-
460 lichen.

461 Die Zusammenarbeit mit Brandenburg bleibt für die
462 industrielle Entwicklung Berlins und den Wohlstand
463 in der Region essenziell. Die Metropolregion Berlin-
464 Brandenburg ist schon heute eine Region mit einem vor al-
465 lem in Brandenburg produziertem hohen Anteil an Erneuerbaren Energien – Tendenz steigend. Brandenburg ist mit seiner Industrietradition, wichtigen neuen Ansiedlungen zum Beispiel im Bereich der E-Mobilität und dem Fokus auf Erneuerbare Energien für Berlin eine nahezu kongeniale Partnerregion. CO2-neutrale Produktion ist in Berlin-Brandenburg möglich und damit hat die Metropolregion einen Standortvorteil. Unser Ziel ist eine länderübergrei-

473 fende Industriestrategie mit einer gemeinsamen institu-
474 tionellen Steuerung durch Berlin und Brandenburg.

475 Wenn wir erreichen wollen, dass diese Transformation als
476 großer, chancenreicher Veränderungsprozess wirkt, dann
477 sind verlässliche Regeln, Unterstützung des Wandels und
478 eine aktive Rolle des Staates notwendig. Tarifverträge von
479 starken Gewerkschaften und starken Arbeitgeberverbän-
480 den bleiben das flexibelste und gerechteste System zur
481 Gestaltung von Arbeit und Qualifizierung. Wir werden
482 deshalb alles tun, die Tarifbindung zu stärken und kämp-
483 fen gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine sozial
484 gerechte Transformation.

485 Berlin weist dank einer sehr vielfältigen Branchenmi-
486 schung und einer guten Ansiedlungspolitik seit Jahren
487 ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum auf und
488 steht besser da als viele andere Bundesländern. Es ist jetzt
489 wichtig, diese Entwicklung weiter zu unterstützen, die in-
490 dustrielle Transformation und die damit einhergehende
491 Energie-, Mobilitäts- und Klimawende sozial gerecht zu
492 gestalten und so zur weiteren (Re-)Industrialisierung der
493 Region und ganz Ost-Deutschlands beizutragen. Das Son-
494 dervermögen wird für intelligente Programme zur Dekar-
495 bonisierung und Digitalisierung der Berliner Wirtschaft
496 genutzt werden, die eine Hebelwirkung in der Wirtschaft
497 erzeugen und damit für weitere notwendige Investitio-
498 nen sorgen. Mobilität, industrielle Gesundheitswirtschaft
499 und Energie sind die zentralen Wachstumsmotoren un-
500 serer Stadt sowie der gesamten Region. Hier müssen wir
501 verstärkt nachhaltiges Wachstum und gute Arbeit mit ta-
502 rifgebundenen und mitbestimmten Arbeitsplätzen schaf-
503 fen.

504 In vielen Branchen entsteht eine Vielzahl neuer Beschäfti-
505 gungsfelder und ganz neue Berufsbilder. Arbeitsmarktpo-
506 litik, Aus- und Weiterbildung sind in den nächsten Jahren
507 zentrale Handlungsfelder, denen mehr Aufmerksamkeit
508 und auch zusätzliche Mittel zukommen müssen. Bei den
509 sogenannten Klimaberufen werden Arbeits- und Fach-
510 kräfte schon längst händeringend gesucht, vor allem auch
511 im Handwerk. Gleichzeitig haben immer noch zu viele
512 junge Menschen in Berlin keinen Zugang zu einer Arbeit,
513 die fair bezahlt wird. Wir setzen uns weiterhin dafür ein,
514 junge Menschen, insbesondere Frauen, für die teils hand-
515 werklich geprägten Klimaberufe zu begeistern. Alle jun-
516 gen Menschen haben einen Anspruch auf eine gute Aus-
517 bildung. Die Ausbildungsquoten sind in Berliner Betrieben
518 jedoch teilweise noch zu niedrig. Wir erkennen die Bemü-
519 hungen an, auf freiwilliger Basis die Lücke zwischen Aus-
520 bildungswilligen und Ausbildungsplätzen zu schließen.
521 Wenn dies nicht gelingt, dann muss das Gesetz zur Ausbil-
522 dungsumlage zügig umgesetzt werden. Die Anstrengun-
523 gen der Bundesregierung für die Fach- und Arbeitskräf-
524 tezuwanderung unterstützen und fördern wir. Gleichzei-
525 tig setzen wir uns dafür ein, dass gezielte Umschulungs-

526 programme in Zusammenarbeit mit Ausbildungsbetrie-
527 ben erstellt werden, um Umschüler*innen sowie Geflüch-
528 teten den Einstieg in diese Berufe zu erleichtern.
529 Für das Gelingen der Transformation brauchen wir alle Ta-
530 lente, die jüngeren und auch die älteren. Das bedeutet u.a.
531 auch die Unterstützung bei der Weiterqualifizierung, die
532 langfristige Sicherung der Arbeitsverhältnisse und die Fo-
533 kussierung auf gute Arbeit in einem zunehmend digita-
534 lisierten und automatisierten Arbeitsumfeld. Wir werden
535 dafür sorgen, dass Arbeitnehmer*innen nicht als Verlie-
536 rer*innen aus der Transformation hervorgehen, sondern
537 vielmehr am Fortschritt teilhaben, sozial abgesichert sind
538 und Zugang zu den neuen Berufen und Tätigkeiten haben.
539 Wir werden dazu massiv in Bildung, Ausbildung und Qua-
540 lifizierung investieren.
541 Darüber hinaus gilt es, Unternehmen in der Transforma-
542 tion bei der Anpassung an veränderte Marktbedingungen
543 wie beispielsweise bei den Energiepreisen, zu unterstüt-
544 zen. Für eine international konkurrenzfähige Industrie ist
545 ein konkurrenzfähiger Industriestrompreis essenziell. Da-
546 für werden wir uns gekoppelt mit einer klaren Verpflich-
547 tung zum Aufbau erneuerbarer Energien auf Bundesebe-
548 ne genauso einsetzen wie für faire Netzentgelte, die Netz-
549 kosten, die durch den Ausbau von Erneuerbaren Energi-
550 en entstehen, austarieren. Bei der Inanspruchnahme des
551 Industriestrompreises sind Transformationsverpflichtun-
552 gen, Tarifbindung sowie Standort- und Beschäftigungsga-
553 rantien Voraussetzung.
554 Allerdings lehnen wir langfristige Subventionen im Sin-
555 ne des künstlichen Erhalts bisheriger Marktbedingungen
556 ab. Diese verhindern notwendige Strukturanpassungen
557 und können der Wirtschaft mittelfristig eher schaden
558 als nutzen. Notwendig sind dagegen Investitionen in In-
559 frastruktur, Digitalisierung und Modernisierung techni-
560 scher Anlagen. Mit einer ambitionierten Investitions- und
561 Förderpolitik werden wir die Anpassungsfähigkeit, Inno-
562 vationskraft und Krisenfestigkeit (Resilienz) der hiesigen
563 Wirtschaft stärken sowie die Umsetzung innovativer Ge-
564 schäftsideen und Produkte von den Prototypen bis zur
565 Marktreife unterstützen. Die Internationalisierung unse-
566 rer Wirtschaft werden wir ebenso unterstützen.
567 Unternehmen brauchen Platz. Deswegen dürfen Konkur-
568 renzen um Räume nicht für die Entwicklung Berlins wich-
569 tige Gewerbeflächen reduzieren. Vielmehr muss es auch
570 angesichts des dringenden Fachkräftebedarfs intelligente
571 Verknüpfungen von Bedarfen geben – zum Beispiel von
572 Gewerbe, Werkswohnen und Betriebskita. Mit der Ur-
573 ban Tech Republic in Tegel wird beispielsweise ein riesi-
574 ges Innovationszentrum mitten in der Stadt entstehen,
575 das die Zukunft der Städte und des urbanen Lebens beein-
576 flussen wird. Hier werden urbane Technologien erforscht,
577 entwickelt, produziert, getestet und exportiert. Mit dem
578 Schumacher Quartier entsteht ein Leuchtturm-Projekt für

579 ein nachhaltiges und sozial gemischtes Wohnquartier. Wo
580 es um grundsätzliche Weichenstellungen für Industrie-
581 und Gewerbeflächen sowie Werkswohnungen geht, sind
582 die Sozialpartner einzubinden, damit alle Belange berück-
583 sichtigt werden und schnelle Umsetzung ermöglicht wird.
584 Um bei Gewerbeflächen als Land mehr Entscheidungs-
585 hoheit zu erhalten, sollte Berlin insbesondere brachlie-
586 gende Gewerbeflächen vermehrt erwerben, um Spekula-
587 tion zu vermeiden. Dazu sollte der Boden-Ankaufsfonds
588 des Landes Berlin finanziell gestärkt werden. Außerdem
589 regen wir die Gründung einer landeseigenen Gewerbe-
590 baugesellschaft an, welche Gewerbeflächen besitzt und
591 selbst entwickelt. Damit kann der Verdrängung von pro-
592 duzierendem Gewerbe und von Handwerksbetrieben ent-
593 gegengewirkt werden. Dies sollte in Kooperation mit der
594 WISTA umgesetzt werden.

595 Mit Erneuerbarer Energie und grünem Wasserstoff kann
596 die Hauptstadtregion in vielen Bereichen Benchmark für
597 nachhaltige Produktion werden. Wir betrachten dabei die
598 gesamte Wertschöpfungskette und setzen uns deshalb
599 dafür ein, dass Forschung, Entwicklung, Herstellung sowie
600 Montage und Wartung erneuerbarer Technologien in un-
601 serer Region angesiedelt werden. Dazu muss die Berliner
602 Politik mit Brandenburg eine gemeinsame Standort- und
603 Industriepolitik mit einer länderübergreifenden Entschei-
604 dungsstruktur schaffen. Bis 2030 wird ein Wasserstoff-
605 Startnetz für Berlin aufgebaut, das in einem ersten Schritt
606 große Netzanschlüsse wie Heizkraftwerke mit Wasser-
607 stoff versorgen kann. Unabdingbar ist dafür ein Anschluss
608 Berlins an das Wasserstoff-Backbone und eine enge Zu-
609 sammenarbeit mit Brandenburg und dem Bund.

610

611 Um klimaneutral zu werden, muss Berlin eine konsequen-
612 te Energiewende hin zur vollständigen Versorgung mit er-
613 neuerbaren Energien anstreben. In Zukunft sollen Strom
614 aus regenerativen Quellen und Wasserstoff statt Kohle,
615 Gas und Öl für eine saubere Energie- und Wärmeversor-
616 gung, Industrieproduktion und Schwerlastverkehr sorgen.
617 Wir werden bestehende Hürden beim Ausbau von Solar-
618 und Windenergie, auch bei denkmalgeschützten Bauten,
619 und bei Balkonkraftwerken identifizieren und beseitigen,
620 etwa in der Berliner Bauordnung. Wir werden mit Bundes-
621 ratsinitiativen entsprechende Änderungen in der Bundes-
622 gesetzgebung anregen, um z.B. sog. Mieter*innenstrom-
623 modelle sowohl für Mieter*innen als auch für Gewerbe at-
624 traktiver zu machen.

625 Der Masterplan „Solarcity“ ist unser Fahrplan für die So-
626 larstromwende auf den Berliner Dächern. Er beinhaltet
627 konkrete Ziele wie das Ausbauziel von 12 Prozent Solar-
628 strom im Berliner Netz bis 2026 und 25 Prozent Solarstrom
629 an der Berliner Stromerzeugung bis 2035 sowie 100 Pro-
630 zent Ökostrom im Berliner Stromsektor bis 2040. Das Ber-
631 liner Solargesetz und das Berliner Energiewende-Gesetz

632 flankieren diesen Fahrplan mit verbindlichen Pflichten
633 zum Bau von Solaranlagen, sowohl auf privaten wie öf-
634 fentlichen Gebäuden. Gerade die öffentliche Hand muss
635 hier ihrer Vorbildfunktion gerecht werden, indem alle lan-
636 deseigenen Unternehmen und Betriebe, wie das Land Ber-
637 lin bereits seit vielen Jahren, nur noch zertifizierten Öko-
638 strom verbrauchen und diesen möglichst selbst erzeugen,
639 sofern dies technisch möglich ist. Das „SolarReadiness“-
640 Programm ist zu einem „SolarPowering“-Programm wei-
641 terzuentwickeln und das SolarPLUS Programm wird fort-
642 geführt und aufgestockt.

643 Die 2016 gegründeten Berliner Stadtwerke sind inzwi-
644 schen ein anerkannte Kompetenzpartner für nachhalti-
645 ge Energieversorgung, der nicht nur komplexe Planungen
646 und Beratung leistet, sondern auch innovativer Energie-
647 erzeuger ist. Sie sind zu echten „Klimawerken“ gewor-
648 den, die gerade die solare Stromerzeugung auf öffentli-
649 chen Gebäuden wie auf Schulen und Rathäusern schnell
650 und zuverlässig organisieren, Windkraftanlagen betrei-
651 ben und zunehmend auch für den nachhaltigen Betrieb
652 von Nahwärmenetze in klimaneutralen Quartieren ste-
653 hen. Sie betreiben ein umfangreiches Ladensäulennetz
654 und sind damit ein wichtiger Player bei der E-Mobilität in
655 der Stadt. Wir werden die Berliner Stadtwerke weiter stär-
656 ken und ausbauen.

657 Bei der Ausstattung von Schul- und Sporthallendächern
658 mit Solaranlagen oder Gründächern durch die Stadtwer-
659 ke muss die begleitende Information und Aktivierung der
660 Nutzer*innen zwingender Bestandteil werden, in dem in
661 der Regel 5 Prozent der Investitionssumme für die Nut-
662 zer*innenmotivation einkalkuliert werden. Allein durch
663 verhaltensbedingte Änderungen der Nutzer*innen lässt
664 sich der Energieverbrauch von Gebäuden nachweislich
665 um bis zu 10 Prozent reduzieren. Die Verbrauchsdaten für
666 Wärme, Strom und Wasser von öffentlichen Gebäuden in
667 Berlin (Schulen, Rathäuser, Sporthallen, Polizei- und Feu-
668 erwehrstationen etc.) sind umfassend, transparent und
669 monatlich zu erfassen. Transparenz kann dabei helfen,
670 die wichtigsten „Klima-Baustellen“ frühzeitig zu erken-
671 nen, gegenzusteuern und alle Nutzer*innen eines Gebäu-
672 des aktiv einzubeziehen.

673

674 Berlin als wachsende Großstadt braucht dringend mehr
675 und sehr viel besser gepflegte öffentliche Grünanlagen,
676 Stadtgrün, Wälder und Gewässer. Denn sie sind die Grund-
677 voraussetzung, dass wir uns an die nicht mehr vermeid-
678 baren Folgen des Klimawandels anpassen und damit die
679 Lebensqualität sichern können. Gleichzeitig sind diese Or-
680 te auch die Lebensräume tausender, in Berlin heimischer
681 Tierarten. Ihre Lebensräume zu schützen, ist unser ge-
682 samtgesellschaftliches Anliegen. Wir wollen Berlins Ar-
683 tenreichtum mit 20.000 verschiedenen Tier- und Pflan-
684 zenarten gezielt schützen und entwickeln. Denn dort, wo

685 Ökosysteme aus dem Gleichgewicht geraten, sehen wir,
686 wie Biotope verschwinden. Grünflächen und Forste, in den
687 durch den Rückgang der Vögel Schädlinge überhand-
688 nehmen oder sich Wildbestände nicht mehr eigenstän-
689 dig regulieren, werden krank, bedürfen aufwändiger Pfl-
690 ge und verlieren an Kapazitäten, CO2 zu binden. Sie ver-
691 lieren so schlussendlich auch an Erholungswert. Für ein
692 nachhaltiges Stadtgrün ist moderner Tierschutz essenzi-
693 ell – Tierschutz und Klimaschutz gehören zusammen. Da
694 viele Klimaschutzmaßnahmen auf der bezirklichen Ebene
695 liegen, möchten wir die Bezirke beim Klimaschutz beson-
696 ders unterstützen.

697 Gerade in den hochverdichteten Quartieren, wo die Hit-
698 ze auch in den Nächten nicht weicht, müssen wir dafür
699 sorgen, dass mehr wohnungsnah Grünflächen zu Verfü-
700 gung stehen, mehr Gebäude begrünt werden, möglichst
701 viele Flächen wie Straßen und Parkplätze entsiegelt wer-
702 den und wir sorgsam mit dem Wasser und den Gewässern
703 umgehen. Es ist auch ein Ausdruck von Umweltgerechtig-
704 keit, wenn wir gerade in diesen Quartieren, die oftmals
705 auch von sozialen Problemen geprägt sind, besondere An-
706 strengungen unternehmen, sie mit Stadtgrün auszustat-
707 ten, flankiert durch eine nachhaltige Verkehrspolitik, die
708 nicht nur die Luftbelastung und den Lärm reduziert, son-
709 dern auch die Rückgewinnung öffentlichen Raums für die
710 allgemeine Nutzung bedeutet. Hitzeschutzpläne sind ins-
711 besondere für vulnerable Gruppen relevant.

712 An öffentlichen Plätzen sollen mehr Brunnen, Trinkbrun-
713 nen und Anschlüsse für Sprühnebel- und Nebelanlagen an
714 Hitzetagen eingerichtet werden. Sie dienen der bedarfs-
715 gerechten Abkühlung des öffentlichen Raumes und damit
716 dem Hitzeschutz. Darüber hinaus sichern sie eine unkom-
717 plizierte und für die Nutzer*innen kostenlose Versorgung
718 mit Trinkwasser im öffentlichen Raum.

719 Die Stadtbaumkampagne wird fortgesetzt und weiterent-
720 wickelt – unser langfristiges Ziel sind 500.000 Straßen-
721 bäume. Bürgerschaftliches Engagement bei der Bewäs-
722 serung von Straßenbäumen wird begrüßt und honoriert.
723 „Gieß den Kiez“ ist somit ein gelungenes Smart City Pro-
724 jekt des CityLAB Berlin, das die Berliner Stadtbäume vor
725 dem Vertrocknen schützen soll.

726 Eine der wichtigsten, wenn nicht sogar die wichtigste
727 Maßnahme zur Klimaanpassung ist der Umgang mit un-
728 serem Wasser, denn aufgrund der anhaltenden Trocken-
729 heit sinken die Grundwasserstände kontinuierlich und die
730 Oberflächengewässer trocknen zunehmend aus.

731 Wir müssen unseren Wasserverbrauch deutlich senken
732 und müssen mit den Berliner Wasserbetrieben eine breit
733 angelegte Wassersparkampagne starten und der alltägli-
734 chen Wasservergeudung Herr zu werden, denn statistisch
735 gesehen verbraucht jeder von uns über 110 Liter pro Tag
736 an Trinkwasser. Die Kampagne soll dabei nicht nur auf Pri-
737 vatverbraucher*innen ausgerichtet sein, denn das meis-

738 te Wasser wird von großen Unternehmen verbraucht –
739 sie müssen daher erstes Ziel von Sparbemühungen sein.
740 Wichtig ist uns, dass insbesondere finanzschwache Haus-
741 halte vor hohen Wasserpreisen geschützt werden – Erhö-
742 hungen der Wasserpreise sollten deshalb vermieden wer-
743 den.

744 Wir müssen aber auch sorgfältiger mit Regenwasser um-
745 gehen. Berlin muss zur Schwammstadt werden. Wir kön-
746 nen es uns nicht mehr leisten, Regenwasser einfach in die
747 Kanalisation abzuleiten, sondern es muss durch Versicke-
748 rung und Verdunstung in den natürlichen Wasserkreislauf
749 zurückgeführt werden. Dazu müssen wir die Regenwas-
750 serentsorgung von der Kanalisation konsequent abkop-
751 peln und durch lokale Maßnahmen wie z.B. in Regenton-
752 nen speichern oder zur Bewässerung in die Grünanlagen
753 leiten.

754 Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Auftrag der Berliner
755 Wasserbetriebe für ein vollumfängliches Wassermanage-
756 ment in der Metropolregion erweitert wird, um neue We-
757 ge in der Stützung des Landschaftswasserhaushaltes und
758 beim Erhalt der Kleingewässer und des Stadtgrüns zu ge-
759 hen.

760 Wir müssen diese Oberflächengewässer mit ihren vielfäl-
761 tigen Funktionen für die Natur und den Menschen schüt-
762 zen, denn sie stellen für uns eine essenzielle Daseinsvor-
763 sorge dar. 70 Prozent unseres Trinkwassers gewinnen wir
764 als Uferfiltrat aus den öffentlichen Gewässern. Deshalb ist
765 es für uns wichtig, dass die Europäische Wasserrahmen-
766 richtlinie nun sicher bis 2027 umgesetzt wird.

767 Das Berliner Abfallwirtschaftskonzept mit dem Leitbild
768 „Zero Waste“ muss einen wichtigen Beitrag zur Klima-
769 neutralität leisten. Wir setzen uns für die Einführung von
770 Pfand auf Einwegbehältnisse ein und prüfen eine Verpa-
771 ckungssteuer auf Landesebene.

772 Ökologische, klima- und sozial gerechte Nahrungsproduk-
773 tion und -verteilung im Raum Berlin ist ein wesentlicher
774 Baustein, um unsere Klimaschutzziele erreichen zu kön-
775 nen. Die Berliner Ernährungsstrategie muss dabei so ent-
776 wickelt werden, dass eine klimaneutrale und gesunde Er-
777 nährung auch die kostengünstigste ist. Dabei setzen wir
778 auf die Berliner Großküchen. Ihre Angebote erreichen kos-
779 tengünstig die gesamte Stadt und sind damit ein großer
780 Hebel Klimaschutz konkret und sozial auszugestalten. Um
781 die Kantinen dabei zu unterstützen regionale und saiso-
782 nale Angebote zu bieten, müssen wir konsequent regio-
783 nale Wertschöpfungskreisläufe aufbauen.

784

785 **Der Bund muss uns eine sozial gerechte Klimaschutzpoli-**
786 **itik ermöglichen**

787 In der Berliner Landespolitik hat eine sozial gerechte Kli-
788 maschutzpolitik für uns Priorität. Doch die landespoliti-
789 schen Möglichkeiten sind beschränkt. Die Bundespolitik
790 muss mehr dafür tun, dass die Klimaschutzpolitik auch so-

791 zial gerecht ist. Das betrifft auch die Finanzierung.
792 Die Kosten des Klimaschutzes werden zurzeit meist auf
793 Mieter*innen und Verbraucher abgewälzt. Zum Beispiel
794 bei energetischen Gebäudesanierungen profitiert der Ei-
795 gentümer durch die Wertsteigerung seiner Immobilien
796 und kann die Kosten mit der Modernisierungumlage
797 dauerhaft auf die Mieter*innen umlegen. Steuerfinanzier-
798 te Klimainvestitionen aus dem regulären Haushalt füh-
799 ren zu geringeren finanziellen Spielräumen bei anderen
800 öffentlichen Ausgaben – oft im sozialen Bereich. In den
801 vergangenen Jahrzehnten wurden die Kosten des Klima-
802 schutzes weitgehend auf die Bürger*innen abgewälzt,
803 entweder unmittelbar bei Mieten und Preisen oder mit-
804 telbar durch zusätzliche Finanzierung aus dem Staats-
805 haushalt. Beides führt zu erheblichen Verwerfungen und
806 ist ungerecht. Um die anstehenden Aufgaben beim Kli-
807 maschutz sozial gerecht gestalten zu können, benötigen
808 wir deshalb neue, zusätzliche Finanzierungswege. Wir for-
809 dern daher die schnelle Einführung eines sozial gestaffel-
810 ten Klimageldes, mit dem Einnahmen aus der CO2-Steuer
811 an die Bürger*innen zurückverteilt werden.
812 Wir fordern vom Bund eine dritte Finanzierungssäule für
813 den Klimaschutz, mit der auch die großen Unternehmen,
814 die in der Krise kräftig verdient haben, sowie die Ver-
815 mieter*innen großer Wohnungsbestände, an den Kosten
816 der Klimakrise beteiligt werden. Dazu müssen große Ver-
817 mögen und Konzernprofite stärker herangezogen wer-
818 den. Die Unternehmensbesteuerung sollte dahingehend
819 umgestaltet werden, dass Steuermäßigungen nur noch
820 bei Reinvestitionen mit der Verknüpfung mit Nachhaltigkeitszielen wie Klimaneutralität, Biodiversitätsschutz
821 oder guter Bildung gewährt werden. Außerdem muss der
822 Bund prüfen, wie Gewinnbegrenzungen durch die Regu-
823 lierung von Preisen in allen Sektoren der Daseinsvorsorge
824 möglich sind.
825
826 Die jetzt notwendigen Ausgaben für die Energiewende,
827 die Wärmewende und die Mobilitätswende sind notwen-
828 dige Zukunftsinvestitionen. In Krisenzeiten darf nicht ge-
829 spart, sondern muss in die Zukunft investiert werden.
830 Die Schuldenbremse gefährdet Investitionen, den Klima-
831 schutz und unsere wirtschaftliche Zukunft. Wir bekräfti-
832 gen unsere Beschlusslage, die Schuldenbremse im Grund-
833 gesetz ganz abzuschaffen und durch eine neue „Goldene
834 Regel“ zu ersetzen, die Investitionen ermöglicht und nicht
835 verhindert. Solange dies mangels verfassungsändernder
836 Mehrheit nicht möglich ist, sind die bestehenden Spiel-
837 räume der Schuldenbremse vollumfänglich zu nutzen.
838 Dies gilt insbesondere für die Erklärung von Notlagen und
839 die Nutzung von „finanziellen Transaktionen“ wie Kapital-
840 erhöhungen. Der Bund ist daher gefordert, ebenfalls eine
841 Klima- und Transformationsnotlage zu erklären. Maßnah-
842 men auf Bundesebene zum Klimaschutz und zur Gestal-
843 tung der Transformation können so bis zur Erreichung der

844 Klimaneutralität finanziert und Maßnahmen der Länder
845 und Kommunen angemessen kofinanziert werden. Betei-
846 ligungen des Bundes, bspw. die Bahn AG oder die BImA,
847 können in stärkerem Maße schuldenbremsenkonform mit
848 Eigenkapital ausgestattet werden, um die anstehenden
849 Investitionsausgaben der Verkehrswende und des Woh-
850 nungsbaus zu finanzieren. Die existenzbedrohende Kli-
851 makrise hat Deutschland und Berlin erreicht, und wir dür-
852 fen keine Priorität auf kurzfristige Sparziele setzen.

853 Bei Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor droht im-
854 mer, dass Mieter*innen dadurch zusätzlich finanziell be-
855 lastet werden. Doch an vielen Orten ist bei den Mieter*in-
856 nen die Belastungsgrenze erreicht. Wir fordern vom Bund,
857 dass den Bundesländern schärfere Mietbegrenzungen er-
858 möglicht werden. Dazu muss es im Bundesrecht eine
859 Öffnungsklausel für die Länder geben, damit die Länder
860 selbst Mietbegrenzungen wie einen Mietendeckel festle-
861 gen können. Wir setzen uns auch dafür ein, dass der Bund
862 die Modernisierungsumlage sozial ausgestaltet und si-
863 cherstellt, dass bei Einführung ordnungsrechtlicher Pflich-
864 ten zur Sanierung und bei Einbau neuer Heizungen die Er-
865 füllung gefördert werden kann.

866 Um die Mobilitätswende weiter voranzutreiben, sind auch
867 weitere finanzielle Mittel des Bundes notwendig. Das er-
868 folgreiche Deutschlandticket muss zu einem sozial ver-
869 träglichen Preis fortgesetzt werden – der Bund muss dazu
870 seinen Anteil beitragen. Gleiches gilt für Investitionen in
871 eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur. Bundesmittel für
872 Autobahnen sollen grundsätzlich umwidmungsfähig sein
873 für Projekte im Bereich Rad- und Schienenverkehr.

874 Für die Stärkung eines nachhaltigen Wachstums mit gu-
875 ter Arbeit sind neben den bestehenden landesrechtli-
876 chen Vorgaben ist ein flankierendes Bundestariftreuege-
877 setz dringend erforderlich. Zur Stärkung der Tarifbindung,
878 des fairen Wettbewerbs und der sozialen Nachhaltigkeit
879 muss auch die öffentliche Auftragsvergabe des Bundes an
880 die Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrages der je-
881 weiligen Branche gebunden sein.

882 Im Bereich klimarelevanter Gesetzgebung fordern wir im
883 Bund eine zentrale Stelle, an die Hemmnisse beim Aus-
884 bau erneuerbarer Energien sowie beim energetischen Sa-
885 nieren gemeldet werden können, um sie sehr zeitnah in
886 konkreten Novellen zu beheben. Ferner wird sich die SPD
887 Berlin dafür einsetzen, dass der Bund die Datenlage in Be-
888 zug auf die energetischen Zustände der Gebäude verbess-
889 ert. Dies ist für die Wärmeplanung, für die Auswahl und
890 Festlegung geeigneter Maßnahmen und für den Vollzug
891 des gebäudebezogenen Energierechts dringend notwen-
892 dig. Dazu muss der Bund die Gebäudeenergieausweise
893 verbessern, vereinheitlichen und digitalisieren sowie die
894 Voraussetzungen für die Erstellung eines digitalen Gebäu-
895 deenergieausweises schaffen.

896 Für die Aufbau und Ausbau von Produktionskapazitäten

897 in strategischen Transformationstechnologien wie Ent-
898 wicklung und Produktion von Komponenten von Solar-
899 panelen, Batterien oder Wärmepumpen, nutzen wir För-
900 dergelder, die der Bund auf Grundlage des neuen EU-
901 Beihilferahmens mit der „BKR-Bundesregelung Transfor-
902 mationstechnologien“ seit Mitte Juli 2023 befristet bis En-
903 de 2025 ermöglicht.

904 Lebensmittel im Müll müssen für den Handel so teuer
905 werden, dass sparsamer Umgang mit Ressourcen für Un-
906 ternehmen die deutlich kostengünstigere Option ist. Wir
907 fordern vom Bund, funktionale Mehrwegsysteme zu eta-
908 blieren. Alternativen zu Tierprodukten müssen ebenfalls
909 mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz belegt werden,
910 denn ohne eine Reduzierung der Massentierhaltung wer-
911 den die Klimaschutzziele nicht erreichbar sein.

912 Die Folgen des Klimawandels wirken nicht geschlechts-
913 neutral: Häufig sind Frauen und Mädchen größeren Risi-
914 ken und Belastungen ausgesetzt. Das ist auf soziale Fak-
915 toren zurückzuführen, wie eine geschlechtshierarchische
916 Arbeitsteilung, die Frauen und Mädchen die unbezahlte
917 Fürsorge- und Aufräumarbeit zuweist und diskriminieren-
918 de Geschlechternormen, die sie vielfach von der Öffent-
919 lichkeit und von Frühwarnsystemen ausschließen sowie
920 ein fehlender Zugang zu Ressourcen und Rechten. Um-
921 weltkrisen und klimatische Notlagen verschärfen die Un-
922 gleichheit zwischen den Geschlechtern und sie vertiefen
923 Mehrfachdiskriminierung. Um den Klimaschutz mit Ge-
924 schlechtergerechtigkeit zu verknüpfen, sollte eine Risiko-
925 folgenabschätzung („Gender Impact Assessments“) aller
926 geplanten Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnah-
927 men erfolgen.

928

929 **Berlin in der Mitte Europas**

930 Der „European Green Deal“ ist ein Gesetzgebungspaket
931 der Europäischen Union (EU) für eine ambitionierte Klima-
932 politik. Es geht um CO₂-Reduktion, Umweltschutz, Kreis-
933 laufwirtschaft, nachhaltige Landwirtschaft, erneuerbare
934 Energien und Mobilität.

935 Als Sozialdemokrat*innen wollen wir einen Green Deal
936 mit rotem Kern! Bei allen umwelt- und klimapolitischen
937 Maßnahmen müssen die sozialen Auswirkungen berück-
938 sichtigt werden. Wenn Menschen Angst haben, dass sie
939 sich das Wohnen oder die Fahrt zum Arbeitsplatz nicht
940 mehr leisten können, sinkt die Akzeptanz für den Kli-
941 maschutz. Der grüne Wandel in Europa kann nur ge-
942 lingen, wenn Klimaschutzmaßnahmen sozial abgedeckt
943 werden.

944 Elf Prozent der europäischen Treibhausgasemissionen
945 stammen aus der Landwirtschaft. Aus diesem Grund soll-
946 te auch die gemeinsame Agrarpolitik zeitnah in die Maß-
947 nahmen und Projekte des Green Deals integriert werden,
948 um die Einhaltung der selbstgesteckten Klimaschutz- und
949 Emissionsreduzierungsziele zu sichern und im besten Fall

950 zu übertreffen.
951 Mit großer Sorge beobachten wir die Versuche der kon-
952 servativen und rechtsextremen Parteien im EU-Parlament
953 das europäische Klimaschutzprogramm zu verhindern.
954 Wir stellen uns hier entschlossen gegen diese Entwicklung
955 und werden das europäische Klimaschutzprogramm wei-
956 ter vorantreiben.
957 Ein wichtiger Baustein für eine soziale EU-Klimapolitik
958 ist der Klimasozialfonds, der im April auf den Weg ge-
959 bracht wurde. Er wurde als Teil des legislativen „Fit for
960 55“-Pakets vorgeschlagen, das vorsieht, die Treibhausgas-
961 emissionen bis 2030 um 55% zu senken. Der Fonds wird
962 2026 eingerichtet und soll aus der Versteigerung von
963 Emissionshandels-Zertifikaten bis zu einem Betrag von 65
964 Mrd. Euro finanziert werden. Weitere 25% sollen durch na-
965 tionale Mittel abgedeckt werden. Mit einem geschätzten
966 Gesamtbetrag von 86,7 Mrd. Euro sollen direkte Einkom-
967 mensbeihilfen, Investitionen in energetische Gebäudesä-
968 nierung und nachhaltige Verkehrsmittel finanziert wer-
969 den.
970 Das ist wichtig, denn insbesondere der Gebäudesektor
971 spielt eine große Rolle bei der CO₂-Reduktion. Aus den
972 Diskussionen über das Heizungsgesetz auf Bundesebe-
973 ne müssen wir Schlüsse für die europäische Wärmewen-
974 de ziehen. Eine gute politische Kommunikation ist der
975 Schlüssel, um die Akzeptanz der Bürger*innen zu gewin-
976 nen. Die Kernbotschaft muss lauten: Die Energiekosten
977 von Gebäuden werden mittelfristig gesenkt und die EU
978 unterstützt Mieter*innen und Hauseigentümer*innen mit
979 Mitteln aus dem Klimasozialfonds. Wir senken langfris-
980 tig die Rechnungen der am meisten von Energiearmut be-
981 drohten Haushalte - davon profitieren Gruppen, die wir
982 als Sozialdemokrat*innen besonders unterstützen müs-
983 sen Familien, Migrant*innen und Frauen. Das ist Klimapo-
984 litik aus einer intersektionalen feministischen Perspekti-
985 ve.
986 Der aktuelle Bericht des Weltklimarates zeigt, dass die
987 Weltgemeinschaft bis 2050 klimaneutral werden muss,
988 wenn wir das Ziel von maximal 1,5 Grad Erderwärmung
989 einhalten wollen. Die EU strebt Klimaneutralität bis 2045
990 an. Das EU-Emissionshandelssystem ist ein wichtiger He-
991 bel, um dieses Ziel zu erreichen. Deshalb müssen wir es
992 stärken und dafür sorgen, dass die größten Emittenten
993 von CO₂ für die vollen Folgekosten der Treibhausemissio-
994 nen aufkommen. Der Mindestpreis pro Tonne CO₂ sollte
995 daher schrittweise erhöht werden, sodass er 2030 den rea-
996 len Kosten entspricht. Dazu müssen Emissionszertifika-
997 te graduell reduziert werden. Kostenlose CO₂-Zertifikate
998 für den Flugverkehr sollen bis 2026 abgeschafft werden.
999 Auch der außereuropäische Flugverkehr (mit Start oder
1000 Landung in der EU) sollte ebenfalls Teil des Emissionshan-
1001 dels werden. Die in diesem Jahr beschlossene Erweiterung
1002 des Europäischen Emissionshandels auf den Transport-

1003 und Gebäudesektor ist ein großer Fortschritt auf dem Weg
1004 zur Klimaneutralität. Im Einklang mit dem Pariser Klima-
1005 abkommen setzen wir uns zudem für eine Harmonisie-
1006 rung der CO₂-Bepreisung mit Europas wichtigsten Han-
1007 delspartnern ein – mit dem langfristigen Ziel eines globa-
1008 len CO₂-Mindestpreises.

1009 Außerdem wollen wir Zukunfts-Technologien (z.B. So-
1010 larindustrie, Batterieproduktion sowie weitere strategi-
1011 sche Sektoren) gezielt wieder in der EU ansiedeln und
1012 die nachhaltige Transformation der europäischen Indus-
1013 trie unterstützen. Wir begrüßen die ambitionierten Zie-
1014 le des REPowerEU-Vorhabens, um Europas Abhängigkeit
1015 von fossilen Brennstoffen bis 2030 signifikant zu senken.
1016 Die Netto-Null-Industrie-Verordnung mit – u. a. dem Ziel
1017 der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren – ist ein
1018 wichtiger Schritt, um die Wertschöpfungskette zu einem
1019 großen Teil nach Europa zurückzubringen und qualifizier-
1020 te Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei werden wir die Elek-
1021 trifizierung weiter vorantreiben sowie die Produktion von
1022 erneuerbarem Wasserstoff und dessen Nutzung in schwer
1023 zu dekarbonisierenden Sektoren priorisieren, etwa in der
1024 Stahl-, Zement- und Papierindustrie, und in der Luft- bzw.
1025 Schifffahrt sowie dem Schwerlastverkehr. Der Aufbau ei-
1026 ner Wasserstoffinfrastruktur muss einhergehen mit dem
1027 weiter beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energi-
1028 en.

1029 Wir wollen raus aus der Wegwerfgesellschaft. Angesichts
1030 von Ressourcenknappheit und der negativen Umweltaus-
1031 wirkungen des Materialverbrauchs, gehört der Kreislauf-
1032 wirtschaft die Zukunft. Dazu gehören eine höhere Res-
1033 sourceneffizienz sowie die Wiederaufbereitung und Nut-
1034 zung von Abfällen in der Industrie. Auch im IKT-Sektor
1035 denken wir die Nachhaltigkeit mit und setzen auf En-
1036 ergieeffizienzmaßnahmen. Dies gilt sowohl für eine in-
1037 telligente Wärmenutzung im Gebäude-Sektor als auch
1038 bei Smart City-Ansätzen. Nachhaltigkeits-Mechanismen
1039 müssen auch hier EU-weit verankert werden. Gleichzeitig
1040 machen wir uns im Sinne einer Steigerung der Resilienz
1041 von Importen aus Drittstaaten unabhängiger und fördern
1042 die Rohstoffproduktion innerhalb der EU unter strengen
1043 Umwelt- und Sozialstandards.

1044 Neben diesen Investitionen in die Zukunft müssen wir na-
1045 türliche Lebensräume stärker schützen als dies bisher der
1046 Fall war. 81 Prozent der geschützten Lebensräume in Euro-
1047 pa befinden sich in einem unzureichenden oder schlech-
1048 ten Zustand. Wir müssen unsere wertvollen Ökosysteme
1049 sowie die Artenvielfalt wiederherstellen und schützen!
1050 Dafür werden wir Sozialdemokrat*innen in der nächsten
1051 Legislaturperiode die nötigen Maßnahmen treffen, um
1052 das Biodiversitätsabkommen von Montreal und die EU-
1053 Biodiversitätsstrategie umzusetzen. Wir werden ein ambi-
1054 tioniertes Gesetz zur Bodengesundheit verabschieden so-
1055 wie einen Fonds für die Wiederherstellung der Natur ein-

1056 richten, um der um sich greifenden Flächenversiegelung
1057 und dem Verlust natürlicher Lebensräume in der EU ent-
1058 gegenzuwirken.

1059 Die Klimakrise ist auch eine globale Gerechtigkeitskrise:
1060 von den reichsten zehn Prozent der Menschheit verur-
1061 sacht, ist sie jedoch besonders stark in ärmeren Staaten
1062 des zu spüren, die bereits jetzt mit ihren verheerenden
1063 Konsequenzen zu kämpfen haben. Aus diesem Grund ist
1064 es unabdinglich, dass Europa und Deutschland in der Ge-
1065 staltung der eigenen grünen Transformation solidarisch
1066 mit der internationalen Gemeinschaft, und insbesonde-
1067 re mit besonders vulnerablen Staaten, vorangehen. So
1068 sollten beispielsweise EU-Regelungen sicherstellen, dass
1069 Energie-Importe keine weiteren Ressourcen in den Pro-
1070 duktionsländern, wie Wasser oder Land, verknappen und
1071 damit die nachhaltige Entwicklung vor Ort beeinträchti-
1072 gen.

1073

1074 Die Jahrhundertaufgabe, die vor uns liegt, ist der Klima-
1075 schutz. Als Berliner SPD gehen wir diese Aufgabe ent-
1076 schlossen an. Wir wollen zeigen, dass wir Klimaschutz
1077 auch sozial gestalten können. In der SPD Berlin engagieren
1078 sich auf allen politischen Ebenen immer mehr Mitglieder
1079 in der Klimapolitik. In vielen Kreisen gibt es entsprechende
1080 Arbeitskreise. Auf Landesebene haben wir mehrere Fach-
1081 ausschüsse, die sich mit Themen des Klimaschutzes befas-
1082 sen.

1083 Beim Klimaschutz geht es für uns nicht mehr um das Ob,
1084 sondern nur noch um das Wie: sozial, klimaneutral und für
1085 alle bezahlbar!

¹https://parteitag.spd.berlin/cvtx_antrag/berlin-sozial-klimaneutral-innovativ-und-fuer-alle-bezahlbar/